

# KEINE

# MACHT DEM

# POPULISMUS

## VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN & WAM

Photo by Lucas Silva Pinheiro Santos on Unsplash

Bündnis 90/Die Grünen und Wahlalternative Maintal (WAM) haben einen Flyer veröffentlicht, der vorsätzlich Unwahrheiten verbreitet und ausschließlich dem Zweck dient, SPD und CDU öffentlich zu diskreditieren. Die SPD widerspricht mit Nachdruck den Ausführungen von Bündnis 90/Die Grünen und WAM.

Es ist erschreckend, dass sich die älteste Partei Deutschlands, die in ihrer Geschichte immer für Demokratie einstand, im Jahr 2019 für demokratisch entwickelte Positionen derart rechtfertigen muss.

Wir fordern Bündnis 90 / Die Grünen und WAM auf, umgehend die Verbreitung von Unwahrheiten zu unterlassen, die Öffentlichkeit darüber zu informieren, dass sie vorsätzlich aus rein politischen Gründen Unwahrheiten verbreitet haben und mit einem entsprechenden neuen Flugblatt die Maintaler Haushalte hierüber zu informieren. Ebenso erwarten wir eine entsprechende Darstellung über die Presse und die sozialen Netzwerke.

Wir verabscheuen diese Form der politischen Auseinandersetzung und sehen derzeit keine Grundlage mehr für eine zukünftige vertrauensvolle Zusammenarbeit im Sinne unserer Stadt.

Wir sind in Sorge hinsichtlich des Niveaus der politischen Diskussionskultur in Maintal. Gerade vor dem Hintergrund der Verrohung der Sprache in den sozialen Netzwerken sollte es unser aller Interesse sein, sachlich, wertschätzend und respektvoll miteinander umzugehen. Das Flugblatt von Grünen und WAM fördert die politischen Kräfte, die die freiheitlich demokratische Grundordnung unseres Landes tagtäglich in Frage stellen und spaltet unsere Stadtgesellschaft.

Bündnis 90 / Die Grünen und WAM haben mit diesem Flyer, mit dieser politischen Agitation, eine rote Linie überschritten. Dies kann nicht stillschweigend hingenommen werden.

# FAKTEN-CHECK

## „PERSONALPOKER NACH GUTSHERRENART“

Mit dieser Behauptung wird der SPD unterstellt, Personalentscheidungen vorbei an den gesetzlichen Vorgaben zu treffen. Dies ist mit Nachdruck abzulehnen. Wir stehen wie keine andere Partei für die Demokratie in unserem Land und halten uns an Recht und Gesetz. Wir verteilen keine Positionen, sondern stellen unsere Vorstellungen und Personalvorschläge stets zur Abstimmung in den Gremien unserer Stadt.

## „DIE SPD LÄSST HERRN SACHTLEBER ÜBER DIE KLINGE SPRINGEN“

Der Begriff „über die Klinge springen“ wird von der Sozialdemokratie abgelehnt und als menschenverachtend bewertet, da diese Redensart ihren Ursprung in der Hinrichtung durch Kopf abschlagen hat. Assoziiert wird dieser Begriff also u.a. mit dem Ermorden/Töten von Menschen und sollte daher nicht Bestandteil der politischen Diskussionskultur sein. Wir werden Herrn Sachtleber aus inhaltlichen Gründen nicht wählen. Dies ist ein normaler Vorgang innerhalb unserer Demokratie.

## „MIT VON IHNEN AUSSERKORENEN STADTRÄTEN (...) EINE POLITIK VON GESTERN UMSETZEN“

Hauptamtliche Stadträte werden entsprechend der Bestimmungen der Hessischen Gemeindeordnung gewählt. Parteien besetzen nicht diese Position, wie von Grünen und WAMlern suggeriert. Vielmehr können sie Kandidat\*innen nominieren, die allerdings ebenfalls und selbstverständlich von der Gemeindevertretung gewählt werden müssen und dementsprechend die demokratischen Vorgaben eingehalten werden.

Die Sozialdemokratie steht für eine gerechte, soziale, weltoffene und solidarische Politik. Es ist bedauernd, dass Bündnis 90 / Die Grünen und WAM unsere Politik als eine Politik von Gestern bezeichnen und somit den Bürger\*innen den Eindruck vermitteln, für die Stadt schadhafte Entscheidungen zu treffen. Die SPD verantwortet beispielsweise:

- die Reduzierung der Kita-Gebühren für unter 3-jährige
- eine qualitativ hochwertige Mittagsverpflegung in den städtischen Kindertagesstätten
- das Maintaler Wohnraumförderprogramm zur Schaffung von finanzierbarem Wohnraum für Haushalte mit kleinem und mittlerem Einkommen
- die Neuordnung des SVM in eine RMV-Tarifgruppe, die zu Fahrpreissenkungen für Maintaler\*innen geführt hat

## EINE „KONKURRENzsITUATION“ ZU FRAU BÖTTCHER „WIRD MAINTAL SCHADEN“

Demokratie lebt vom Wettbewerb der Ideen, vom politischen Streit und von der Diskussion über die besten Lösungen für die gegenwärtigen Herausforderungen. Politische Konkurrenz ist nicht schadhafte für eine Stadt. Welches Demokratieverständnis bringen beide Fraktionen / Parteien zum Ausdruck, wenn politische Konkurrenz „verteufelt“ wird. Die SPD wird immer als die große Volkspartei auch den Anspruch haben, politische Positionen im demokratischen Verfahren zu besetzen: im Sinne unserer Stadt, im Sinne der Menschen unserer Stadt.

## „UNTERSTÜTZUNG EINES INVESTORS“

Die SPD spricht sich für mehr Wohnraum, insbesondere für mehr gefördertem und sozialen Wohnraum in Maintal aus. Deshalb begrüßen wir die Initiative des Investors mehr Wohnraum in Maintal zu schaffen. Allerdings stellen wir Bedingungen für eine Realisierung des Vorhabens. Die Stadtverordnetenversammlung Maintal hat entsprechende Beschlüsse gefasst, die unstreitig demokratischer Verfahren entsprechen. Die Autoren versuchen mit ihrem Schreiben und in den sozialen Medien eine Verbindung zwischen dem Bauvorhaben zur Schaffung von Wohnraum und der Wahl einer ersten Stadträtin / eines ersten Stadtrates künstlich zu konstruieren. Dieses Konstrukt entspricht nicht den Tatsachen. Es besteht kein Zusammenhang zwischen beiden Sachverhalten. Ebenfalls bestehen keine persönlichen Verbindungen zu dem Investor.

## „MEHR PARKPLÄTZE IM NEUEN WOHNGBIET EICHENHEEGE / KONZENTRATION AUF DAS AUTO“

Diese Aussage entspricht nicht den Tatsachen. Die SPD hat das vom Magistrat angekündigte Mobilitäts- und Energiekonzept für eine finale Bewertung der Struktur des neuen Wohngebietes eingefordert. Zur Vorgehensweise und Realisierung des neuen Wohngebietes hat die SPD Fraktion einen entsprechenden Antrag eingereicht. Ebenfalls haben wir einen Antrag für den Ausbau des Radwegenetzes gestellt, bisher sind wir die einzige Partei/Fraktion, die mit konkreten Maßnahmen die bezahlbare Verkehrswende realisieren will. Auch hier: nur Unwahrheiten wider besseren Wissens von Grünen und WAM.

## „BLOCKADE EINES NEUEN BUSKONZEPTEs“

Die SPD hat nachweislich entsprechende Anträge zum Ausbau des ÖPNV-Angebotes in Maintal gestellt. Wir verweisen insbesondere auf unseren Antrag zur Anbindung der Stadt Maintal an das U-Bahn-Netz in Frankfurt, beschlossen von der Stadtverordnetenversammlung am 10. Dezember 2018 und auf unseren aktuellen Antrag „Verkehrswende gestalten. Bezahlbar.“. Bündnis 90 / Die Grünen und WAM sind in Kenntnis über diese Anträge und haben u.a. dem erstgenannten Antrag zugestimmt. Es ist daher festzuhalten, dass beide Organisationen vorsätzlich die Öffentlichkeit täuschen und die Unwahrheit verbreiten. Alle Anträge sind im Bürgerinformationssystem für die Öffentlichkeit zugänglich.